



Antrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/ Die Grünen

Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Verschlickung der Häfen und Wasserstraßen die Wirtschaft sowie die Ökologie der Gewässer im Norden vor erhebliche Herausforderungen stellt. Durch die Elbvertiefung kommt es zu enormen Schlickverspülungen, die bereits jetzt zu immensen Beeinträchtigungen der maritimen Wirtschaft führen.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher, sich im Bund für ein besseres Schlickmanagement einzusetzen, um für eine ausreichende Wassertiefe und dadurch gewährleistete Befahrbarkeit in den Bundeswasserstraßen zu sorgen. Damit soll die Attraktivität des Systems Wasserstraße und im Speziellen des Nord-Ostsee-Kanals erhalten bzw. gesteigert werden. Der Nord-Ostsee-Kanal ist die meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt und nicht nur für die maritime Wirtschaft und die Seeschifffahrt, sondern für ganz Nordeuropa von immenser Bedeutung. Um dieses Ziel zu erreichen, bittet der Landtag die Landesregierung, im Bund die finanzielle und personelle Ausstattung für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau des Nord-Ostsee Kanals einzufordern.

Begründung:

Um die Attraktivität des Nord-Ostsee-Kanals und anderen Bundeswasserstraßen zu erhalten, ist es notwendig für eine ausreichende Wassertiefe zu sorgen und damit einhergehend eine störungsfreie Nutzung zu gewährleisten. Dies betrifft im Speziellen die Wassertiefe vor den Schleusen Brunsbüttel. Fehlt es hier an ausreichender Wassertiefe, kommt es zu einer Tiefgangsbeschränkung der Schiffe, welche

infolgedessen den Nord-Ostsee-Kanal nicht bzw. erst später passieren können, da sie auf einen entsprechenden Tidenhub warten müssen. Sollte es aufgrund der fehlenden Wassertiefe zu Verzögerungen kommen ist dies für die schleswig-holsteinische Wirtschaft am Nord-Ostseekanal und ihre Attraktivität fatal. Da für die Gewährleistung der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs in den Bundeswasserstraßen der Bund zuständig ist, ist hier ein Handeln des Bundes notwendig.

Lukas Kilian
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion